

Dienstleistungsaus... - 201185-2011

28/06/2011 S121 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

D-Detmold: Straßentransport/-beförderung

2011/S 121-201185

BEKANNTMACHUNG – SEKTOREN**Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Stadtverkehr Detmold GmbH

Rosental 13

Kontakt: SVD GmbH

z. H. Herrn Wolfgang Janz

32756 Detmold

DEUTSCHLAND

Tel. +49 5231977-748

E-Mail: w.janz@stadtverkehr-detmold.de

Fax +49 5231977-745

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers <http://www.stadtverkehr-detmold.de/>

Weitere Auskünfte erteilen: KCW GmbH, Büro Hamburg

Steindamm 94

Kontakt: Vergabeverfahren Verstärkerverkehre im Stadtverkehr Detmold

z. H. Herrn Miguel Wolf (Vertreter: Herrn Axel Zietz)

20099 Hamburg

DEUTSCHLAND

Tel. +49 40325775-604/40325775-606

E-Mail: vergabe-svd@kcw-online.de

Fax +49 40325775-818

Internet: <http://www.kcw-online.de>

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: KCW GmbH, Büro Hamburg

Steindamm 94

Kontakt: Vergabeverfahren Stadtverkehr Detmold

z. H. Herrn Miguel Wolf (Vertreter: Herrn Axel Zietz)

20099 Hamburg

DEUTSCHLAND

Tel. +49 40325775-604/40325775-606

E-Mail: vergabe-svd@kcw-online.de

Fax +49 40325775-818

Internet: <http://www.kcw-online.de>

Angebote/Anträge auf Teilnahme sind zu richten an: DetCon GmbH

Paulinenstr. 45

Kontakt: DetCon GmbH

z. H. Herrn Wolter

32756 Detmold

DEUTSCHLAND

Tel. +49 5231977632

Internet: <http://www.detcon.info/>

I.2) HAUPTTÄTIGKEIT(EN) DES AUFTRAGGEBERS

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Vergabe von Verstärkerbusverkehrsleistungen im Stadtverkehr Detmold als Subunternehmer der Stadtverkehr Detmold GmbH.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag

Dienstleistungskategorie: Nr. 2

Hauptort der Dienstleistung NUTS-Code: DEA40.

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Die Auftraggeberin ist Inhaberin der personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungen für den Linienverkehr mit Omnibussen im Stadtverkehr Detmold. Gegenstand des zu vergebenden Auftrages ist die Erbringung der Verstärker-Fahrleistungen auf den städtischen Linien 711-718. Die Fahrleistungen werden jährlich ca. 83 700 km betragen. Die eingesetzten Fahrzeuge dürfen ein Alter von 18 Jahren nicht überschreiten und müssen mit Rußpartikelfiltern ausgestattet sein. Zu- und Abbestellungen sind in begrenztem Umfang möglich. Der Vertrag wird vom 16.4.2012 bis zum

7.4.2017 geschlossen. Es besteht die Möglichkeit der Verlängerung bis zum 14.7.2017 (Beginn der Sommerferien) sowie gegebenenfalls anschließend bis zum Beginn der Winterferien 2017 (genaues Datum steht noch nicht fest).

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
60100000
- II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Nein
- II.1.8) **Aufteilung in Lose**
Ja
sollten die Angebote wie folgt eingereicht werden für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**
Nein
- II.2) **MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang**
Ca. 83 700 km km jährlich.
- II.2.2) **Optionen**
Ja
Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber kann die Laufzeit des Vertrages bis zum 14.7.2017 (Beginn der Sommerferien) sowie gegebenenfalls anschließend bis zum Beginn der Winterferien 2017 verlängern.
voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen: in Monaten 54 (ab Auftragsvergabe)
Zahl der möglichen Verlängerungen 2
- II.3) **VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG**
Beginn: 16.4.2012 Ende: 7.4.2017

ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-Nr.: 1 BEZEICHNUNG: Los 1 - Berlebeck.

- 2) **GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)**
60100000
- 3) **MENGE ODER UMFANG**
Ca. 21 808,58 km jährlich.

LOS-Nr.: 2 BEZEICHNUNG: Los 2 - Pivitsheide.

- 2) **GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)**
60100000
- 3) **MENGE ODER UMFANG**
Ca. 42 807,72 km jährlich.

LOS-Nr.: 3 BEZEICHNUNG: Los 3 - Jerxen Orbke, Meiersfeld, Brokhäusen.

- 2) **GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)**
60100000
- 3) **MENGE ODER UMFANG**
Ca. 19 086,75 km jährlich.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten**
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)**
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**
- III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung**
Ja
Für den Einsatz als Fahrer sind nur sozialversicherungspflichtige Vollzeit-/Teilzeitkräfte oder geringfügig Beschäftigte zulässig. Arbeitnehmerähnliche Selbständige (Scheinselbständige) Fahrer dürfen nicht eingesetzt werden. Der Bieter verpflichtet sich durch eine Erklärung, die bei Ausführung des Auftrags eingesetzten Fahrer mindestens nach dem Tarif des zwischen dem Verband nordrhein-westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO) und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) im CGB geschlossenen Tarifvertrag in seiner jeweils gültigen bzw. nach Kündigung zuletzt gültigen Fassung zu entlohnen.
Soweit zur Auftragsausführung Nachunternehmer eingesetzt werden, verpflichtet er sich, auch diesen Nachunternehmern die für ihn geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer zu überwachen.
Der Auftragnehmer kann Teile der Fahrleistung des Auftrages an Subunternehmer vergeben. Der geplante Einsatz von Subunternehmern bedarf der vorherigen Genehmigung durch den Auftraggeber.
- III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**
- III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die Bieter haben ihrem Angebot einen Auszug aus dem Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, beizufügen. Die Vorlage einer einfachen Kopie des Handelsregisterauszugs ist ausreichend. Er darf nicht älter als 3 Monate vom in der Bekanntmachung genannten Ende der Angebotsfrist aus gerechnet sein. Zulässig sind auch Ausdrücke aus dem elektronischen Handelsregister (www.handelsregister.de). Dabei ist der "aktuelle Ausdruck" (AD) mit einem Überblick über alle derzeit gültigen Eintragungen oder "chronologische Ausdruck" (CD) mit allen Daten ab Umstellung auf elektronische Registerführung zu wählen.

Eine Checkliste für das Angebot, die die geforderten Nachweise und die gewünschte Struktur des Angebotes noch einmal aufführt, ist bei der in I.1) genannten Stelle abrufbar. Dort sind auch die verbindlichen Vorlagen, die unterschrieben dem Angebot beizufügen sind, abrufbar.

Der Bieter hat mit seinem Angebot durch geeignete Nachweise und Erklärungen seine Eignung für die in Rede stehende Leistung darzustellen. Dieses soll durch Vorlage der im Abschnitt III. genannten Nachweise und Erklärungen geschehen. Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind dem Angebot in deutscher Sprache beizulegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieter zu tragen. Der Bieter trägt die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise im Fall nicht deutschsprachiger Unterlagen.

Die Einreichung zusätzlicher Nachweise und Erklärungen durch den Bieter ist zulässig. Hat der Auftraggeber nach Auswertung der eingereichten Erklärungen und Nachweise Zweifel an der Eignung eines Bieters, kann er den Bieter zur Erläuterung der von ihm eingereichten Erklärungen und Nachweise und zur Einreichung weiterer, ursprünglich nicht geforderter, Unterlagen auffordern und/oder bei Referenzpersonen für die genannten Verkehre weitere Auskünfte einholen und diese bei der Eignungsprüfung berücksichtigen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Der Bieter bestätigt ausdrücklich durch eine Eigenerklärung unter Verwendung der bereitgestellten Vorlage, dass zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe:

- über das Vermögen des Bieters weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- sich der Bieter nicht in Liquidation befindet,
- im Gewerbezentralregisterauszug des Bieters zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe keine Eintragungen über rechtskräftige Verurteilungen wegen schwerer Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften sowie gegen arbeits- und sozialrechtliche Pflichten oder gegen Vorschriften des PBefG oder der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vorliegen,
- der Bieter seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft nach den Rechtsvorschriften des Mitgliedsstaates, in dem er ansässig ist, stets ordnungsgemäß nachgekommen ist,
- dass gegen den Bewerber keine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften vorliegt,
- der Bieter zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe ein den Anforderungen des § 2 Abs. 1, Nr. 2, Abs. 3 PBZugV entsprechendes Eigenkapital nachweisen kann.

Beabsichtigt ein Bewerber, sich zum Nachweis seiner finanziellen Leistungsfähigkeit auf ein anderes Unternehmen zu berufen, so ist in diesem Falle auch die finanzielle Leistungsfähigkeit dieses anderen Unternehmens durch Vorlage der vorstehend verlangten Erklärung darzulegen. Zusätzlich hat sich die Muttergesellschaft bzw. das andere Unternehmen durch verbindliche Vereinbarung mit dem Bewerber zu verpflichten, für sämtliche Verpflichtungen des Bewerbers aus dem Auftrag einzustehen; diese Erklärung ist mit dem Angebot vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, von seinem Recht auf Einholung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr. 4 Gewerbeordnung Gebrauch zu machen.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen. Der Bieter weist mit dem Angebot wie folgt nach, dass die Voraussetzungen der fachlichen Eignung in seiner Person gegeben sind:

1. Der Bieter erbringt den Nachweis durch Angabe der von ihm innerhalb der letzten 3 Jahre (Kalenderjahre oder Fahrplanjahre ab 1.1.2008) erbrachten Verkehrsleistungen im ÖSPV. Hierbei unterscheidet er zwischen Verkehrsleistungen, die er als Konzessionär und solchen, die er als Subunternehmer erbracht hat bzw. erbringt. Außerdem gibt er an, ob es sich bei den Leistungen um Schülerverkehr handelt und ob die Leistungen im freigestellten Verkehr nach Freistellungsverordnung (FVO) erbracht wurden. Die Verkehre sind dann unter Angabe folgender Daten aufzulisten: Bedienungsgebiet; jährliches Auftragsvolumen (in Nutzwagen- Kilometer), Zeitraum (seit-bis), in dem die Leistungen erbracht wurden/werden, Auftraggeber, Ansprechpartner (Name, Tel.) des Auftraggebers, an den sich die Vergabestelle zwecks Rückfragen wenden kann. Für die Angabe der innerhalb der letzten drei Jahre erbrachten Verkehrsleistung ist die als Anlage L beigefügte Vorlage zu verwenden.
2. Der Bieter weist die Zufriedenheit der Auftraggeber mit mindestens einer Beurteilung eines Auftraggebers, die eine aussagekräftige Darstellung zu Art und Weise und Qualität der Auftragsausführung eines der in der Anlage L genannten Verkehre enthält, nach. Die Beurteilung hat insbesondere Aussagen zu enthalten über:
 - die Pünktlichkeit der erbrachten Verkehrsleistungen,
 - die Zuverlässigkeit der erbrachten Verkehrsleistungen (Fahrtausfälle, Einhaltung von Linienwegen),
 - die Kundenorientierung des Auftragnehmers (Freundlichkeit gegen über Fahrgästen, insbesondere Schülern, Umgang mit Beschwerden), anhand derer der Auftraggeber die Eignung für den zu vergebenden Auftrag feststellen kann.
3. Der Bieter weist durch Erklärung unter Verwendung der bereitgestellten Vorlage (Anlage I) nach, dass und in welchem Umfang sein Fahrpersonal in den vergangenen 2 Jahren an Schulungen und Weiterbildungen nach dem Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz und in den Bereichen Kundenorientierung und Konfliktschulung teilgenommen hat. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auflistung mit Angabe der von den Fahrerinnen und Fahrern in den letzten 2 Jahren abgeleisteten Fortbildungen nachzufordern. Bieter können sich zum Nachweis der fachlichen Eignung auch auf die Referenzen Dritter (z.B. ein verbundenes Unternehmen oder einen Nachunternehmer) berufen, wenn sie nachweisen, dass sie tatsächlich über deren Leistungen oder Einrichtungen verfügen können. Der Nachweis ist durch eine entsprechende verbindliche Vereinbarung mit dem Dritten, auf dessen Referenzen sich der Bieter beruft, zu erbringen. Aus der Vereinbarung muss hervorgehen, dass ein Zugriffsrecht auf die zur Erfüllung des Auftrags erforderlichen Leistungen und Einrichtungen tatsächlich besteht.

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufträge**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren
Bewerber sind bereits ausgewählt worden Nein

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN**IV.2.1) Zuschlagskriterien**

Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt

Nein

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN**IV.3.1) Aktenzeichen beim Auftraggeber****IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags**

Nein

IV.3.3) Bedingungen für die Aushändigung von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Anträge auf Teilnahme

8.8.2011 - 12:00

IV.3.5) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Anträge auf Teilnahme verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.6) Bindefrist des Angebots

Bis 30.11.2011

IV.3.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN****VI.1) DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN

Interessenten, die ein Angebot abgeben wollen, werden gebeten, sich bei der unter der in I.1) genannten Kontaktstelle zu melden. Sie erhalten ein Passwort, das den Zugang zu einer Internetplattform (sharepoint) ermöglicht, auf der die gesamten Vergabeunterlagen einschließlich der in der Bekanntmachung genannten Vorlagen bereitliegen. Über den sharepoint werden auch sämtliche Bieterinformationen erteilt, Bieterfragen beantwortet und gegebenenfalls Änderungen in den Vergabeunterlagen mitgeteilt. Die Bieter sind verpflichtet, sich durch regelmäßige Einsichtnahme in den sharepoint zu informieren. Auf dem sharepoint niedergelegte Informationen gelten am nächsten Werktag (außer Samstag) als zugegangen.

Bieterfragen sind ausschließlich per E-Mail an die in I.1) genannte Kontaktstelle zu richten.

Die Angebote müssen in 4 identischen Exemplaren (ein Original mit rechtsverbindlicher Unterschrift und drei als solche gekennzeichnete Kopien) ausgefertigt werden. Diese Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag, versehen mit dem Vermerk "nicht öffnen", an folgende Stelle zu richten: DetCon GmbH z.H. Herrn Wolter, Paulinenstr. 45, 32756 Detmold, DEUTSCHLAND.

VI.4) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN**VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Detmold
Leopoldstraße 15
32756 Detmold
DEUTSCHLAND
Tel. +49 5231711710
Fax +49 5231711715

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gegen Entscheidungen des Auftraggebers ist ein Antrag auf Nachprüfung durch die Vergabekammer bei der Bezirksregierung Detmold, Leopoldstr. 15, 32756 Detmold, DEUTSCHLAND, zulässig. Der Antrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Entscheidung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen vergangen sind (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Er ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten (§ 108 GWB).

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind**VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

23.6.2011